



PRESSEMITTEILUNG

NRW-Krankenhäuser bewerten Reformvorschläge als praxisfern

KGNW-Präsident Morell: Ohne Erfahrung der Praktiker wird Konzept nicht funktionieren

Düsseldorf, 06.12.2022 – Die bestmögliche und verlässliche Versorgung der Patientinnen und Patienten muss im Zentrum jeder Krankenhausreform stehen. „Ein klares Leitbild, für welchen Bedarf die Krankenhäuser eine umfassende Gesundheitsversorgung sicherstellen sollen, ist Voraussetzung für eine in die Regionen passende Krankenhausplanung. Mit der in Nordrhein-Westfalen gewählten Planungssystematik, die jetzt in regionalen Verhandlungen mit Leben gefüllt wird, kann genau dies gelingen: Wir wollen ein zukunftsfähiges Angebot sicherstellen, das den Menschen echte Daseinsvorsorge bietet und zugleich den Zugang zu Spitzenmedizin ermöglicht“, erklärte Ingo Morell, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, anlässlich der am Dienstag vorgestellten Reformvorschläge der Regierungskommission zur Krankenhausversorgung. Die Konzepte der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erforderten eine kritische Prüfung. Gerade aus nordrhein-westfälischer Sicht werde es entscheidend sein, den hier mit allen Beteiligten erzielten Konsens über die neue Krankenhausplanung nicht zu gefährden. „Mit dem an medizinischen Überlegungen orientierten Konzept von Leistungsgruppen und Leistungsbereichen als Grundlage der Krankenhausplanung haben die Beteiligten hier in NRW den richtigen Weg für eine zukunftsfeste Gesundheitsversorgung beschritten“, betonte KGNW-Präsident Morell. Das beinhaltet auch den umfassenden Blick auf die jeweilige Situation in den Regionen, die beispielsweise mit teils sinkender Praxisdichte nicht nur aus Klinikperspektive betrachtet werden dürften: „Diese Perspektive kann keine vom grünen Tisch in Berlin kommende Planung einnehmen. Ein drastisches Beispiel sind die akuten Probleme in der Kinder- und Jugendmedizin. Deshalb müssen die Bundesländer hier weiter die Entscheidungsgewalt behalten. Nordrhein-Westfalen ist bereits entscheidende Schritte gegangen.“

Die Regierungskommission begründet ihre Reformvorschläge nach eigener Darstellung auf wissenschaftlicher Basis. Welche evidenzbasierten Quellen genutzt wurden, ist bisher unklar. KGNW-Präsident Morell betonte: „Eine Krankenhausreform kann nur mit den Ländern, mit den Beteiligten der Selbstverwaltung und insbesondere mit den Krankenhäusern zum Erfolg werden. Dass der Bundesminister die Akteure und die Beteiligten als Lobbyisten abstempelt und sie außen vor halten will, ist in keiner Weise nachvollziehbar und wirkt nicht vertrauenserweckend. Ohne die Erfahrung der Praktiker wird es nicht gelingen, ein funktionierendes Konzept umzusetzen.“ Das gelte umso mehr, als die Regierungskommission einen sehr tiefgreifenden Umbau der Krankenhauslandschaft anstrebe. Diese Reform dürfe aber nicht die Trägervielfalt bei den Krankenhäusern gefährden.

KGNW-Präsident Ingo Morell wies darauf hin, dass bereits im Vorfeld die Deutsche Krankenhausgesellschaft ein Modell zur Reform des Fallpauschalensystems vorgelegt hat. „Vorhaltepauschalen sind eine wichtige Maßnahme, um die Daseinsvorsorge durch die Krankenhäuser abzusichern. Es ist aber illusorisch zu glauben, dass dies ohne zusätzliche Mittel im Gesundheitssystem funktioniert. Eine reine Umschichtung der vorhandenen Gelder ändert nichts an der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser, die insbesondere die Versorgung in den ländlichen Regionen gefährdet.“

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen: Referat Politik, PR und Presse, Humboldtstr. 31; 40237 Düsseldorf, Hilmar Riemenschneider (Referatsleiter), Tel.: 0211/47819-70, E-Mail: hriemenschneider@kgnw.de, Gernot Speck (Referent), Tel.: 0211/47819-72, E-Mail: gspeck@kgnw.de, Michael Wacker (Referent), Tel.: 0211/47819-73, E-Mail: mwacker@kgnw.de, Internet : www.kgnw.de, E-Mail: presse@kgnw.de, Fax: 0211/47819-99, Twitter: @KGNW_de, Facebook: @Krankenhausgesellschaft.NRW